

# MEMORANDUM

## gegen die Alemagna-/Cavallino-Pläne

Seit den 1950-iger Jahren gibt es Bestrebungen, Venedig und den norditalienischen Raum durch eine Autobahn alpenquerend mit Süddeutschland zu verbinden. „Die Alemagna“ ist inzwischen zum Synonym für nicht realisierte, hochrangige Straßenprojekte geworden. Generationen von Politikern auf allen institutionellen Ebenen setzten sich damit auseinander.

In Italien wurde und wird für die Verlängerung der Autobahn sehr viel Aufwand betrieben, in Österreich und Südtirol ist die Ablehnung ungebrochen stark.

U.a. führte das „Alemagna“-Projekt zum völkerrechtlich verbindlichen Verzicht auf die Errichtung neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr. Sowohl in Italien als auch in Österreich sowie in der Europäischen Union besitzt dieses verkehrspolitische No-go verbindlichen und unmittelbar anzuwendenden Rechtscharakter im Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention.

Trotz der eindeutigen Rechtslage tauchen die Pläne zum Weiterbau der „Alemagna“ in unregelmäßigen Zeitabständen auf verschiedenen politischen Ebenen und getragen von unterschiedlichen Überlegungen immer wieder auf.

Im Rahmen der alpenpolitischen Wanderung „**whatsalp 2017**“ von Wien nach Nizza (3. Juni 2017 Wien ab, am 7. Juli in Sillian/Kartitsch-St. Oswald und am 29. September 2017 in Nizza an) bekräftigen die UnterzeichnerInnen dieses **Memorandums** aus den durch eine Verlängerung der Autobahn A27 am meisten betroffenen Regionen folgenden Punkte:

- Es wird auf die negativen sozioökonomischen und umweltrelevanten Auswirkungen hingewiesen, die durch den Ausbau großer, länderübergreifender Verkehrswege in allen Gebirgsbereichen entstehen würden, beginnend in Oberitalien bei Cadore, Ampezzano und Comelico.
- Es wird die Notwendigkeit unterstrichen, ihre Naturgebiete von außerordentlicher Bedeutung (die Dolomiten gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe) zu schützen, die durch die Interessen der außeralpinen Großzentren, die für die engen Alpentäler keine bleibenden Wirtschaftsimpulse schaffen, bedroht werden.
- Die Staats- und Regionsgrenzen überschreitende Zusammenarbeit zur definitiven Abwehr dieser Alpentransversale wird gestärkt.
- Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Inhalten der Alpenkonvention und des Durchführungsprotokolls im Bereich „Verkehr“.
- Die Aufforderung an die gesetzgebenden Körperschaften zur konsequenten Anwendung und Umsetzung des Verkehrsprotokolls.

- Das Drängen auf eine dauerhafte und umfassende Information über den Inhalt und die Umsetzung des Verkehrsprotokolls und insbesondere des Art. 11 „Straßenverkehr“: „Die Vertragsparteien verzichten auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr“.
- Den Dank an alle Persönlichkeiten aus Politik, Beamtenschaft, NGOs, Zivilgesellschaft ... in Italien und Österreich für ihr bisher erbrachtes Engagement gegen den schleichenden Weiterbau der „Alemagna“.
- Die Forderung eines strikten **NEINS** für jeglichen Neu-, Aus- und Weiterbau von hochrangigen Straßenprojekten im Alpenraum zwischen Brenner- und Tauernautobahn.
- Die Ermunterung der Politik zum Ergreifen einer abgestimmten einheitlichen Mobilitätspolitik und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene entlang der bestehenden Alpentransversalen Rosenheim – Verona und Udine – Pontebba – Villach im Anwendungsbereich der Alpenkonvention.
- Die Empfehlung an die Regierungen des Veneto, Südtirols und Tirols zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Raumordnungs- und Entwicklungsprogrammes u.a. für den Bahnverkehr für den direkt berührten Grenzraum sowie die rasche Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.
- Die Abhaltung einer jährlich stattfindenden Veranstaltung unter Einbeziehen von Gemeinden, Politik, NGOs und Gremien, der Zivilgesellschaft und allen anderen Personen, die sich gegen das „Alemagna“-Projekt einsetzen, welche alternierend südlich und nördlich des Karnischen Kammes stattfindet und der Vernetzung der Aktivitäten in Bezug auf die Mobilität von Personen und Gütern dient.
- Den Appell an alle Verantwortungsträger auf der europäischen, nationalen, regionalen und kommunalen Ebene, in den Bereichen der Wirtschaft, des NGO-Netzwerkes, der Gremien und an die Zivilgesellschaft, diese Initiative einer um ihre Zukunft besorgten Grenzregion in ihrem NEIN gegen die Alemagna zu unterstützen.

Gezeichnet zu Kartitsch/St. Oswald und Sillian, am 7. Juli 2017